

Volksstimme

Redaktion:
Halle a. S., Gr. Brauhausstraße 17
Fernsprecher 6802
Sprechstunde täglich von 4-12-4, 1 Uhr.

Organ der Sozialdemokratischen Partei
in Halle und sämtlichen Kreisen im Regierungsbezirk Merseburg.
Erscheint mit der Sonntags-Unterhaltungsbeilage „Der Gesellschaftler“
jeden Freitag nachmittags.

Verlag und Expedition:
Halle a. S., Große Ulrichstraße 27
Fernsprecher 5407
Postfachkonto Leipzig Nr. 87573.

Nr. 140
Wagnerspreis: Monatl. 4.—, 3 M. 12.—, 6 M. 24.—, 12 M. 48.—, 18 M. 72.—, 24 M. 96.—, 30 M. 120.—, 36 M. 144.—, 42 M. 168.—, 48 M. 192.—, 54 M. 216.—, 60 M. 240.—, 66 M. 264.—, 72 M. 288.—, 78 M. 312.—, 84 M. 336.—, 90 M. 360.—, 96 M. 384.—, 102 M. 408.—, 108 M. 432.—, 114 M. 456.—, 120 M. 480.—, 126 M. 504.—, 132 M. 528.—, 138 M. 552.—, 144 M. 576.—, 150 M. 600.—, 156 M. 624.—, 162 M. 648.—, 168 M. 672.—, 174 M. 696.—, 180 M. 720.—, 186 M. 744.—, 192 M. 768.—, 198 M. 792.—, 204 M. 816.—, 210 M. 840.—, 216 M. 864.—, 222 M. 888.—, 228 M. 912.—, 234 M. 936.—, 240 M. 960.—, 246 M. 984.—, 252 M. 1008.—, 258 M. 1032.—, 264 M. 1056.—, 270 M. 1080.—, 276 M. 1104.—, 282 M. 1128.—, 288 M. 1152.—, 294 M. 1176.—, 300 M. 1200.—

Halle, Donnerstag, den 17. Juni 1920

Anzeigenpreis: Im adjectiven Einzelheft 60 Pf., im
bestimmten Heftbeleg 2 50 Pf., für die 1000er-Heft-
Belegblätter mit 50%, Anzeigen. — Gehalt der
Anzeigen-Annahme für die nächste Ausgabe 100 Pf. 0/100.
4. Jahrgang.

Die Lage klärt sich.

Ein Kabinett der bürgerlichen Parteien im Anmarsch.

Nachdem Herr Müller und noch schneller Herr Heinze von der Deutschen Volkspartei ihre übernommenen Aufgaben in die Hände des Reichspräsidenten zurücklegten, erwartete man auch nicht allzuweit, als dann Trimborn dieselbe übertragen erhielt. Aber dieserhalb seine Aufgabe nach einer ganz anderen Richtung vor sich liegen wie die beiden anderen. Müller verlor die Anführerschaft unserer Partei, den Wunsch auf Erweiterung der Koalition nach links zu realisieren. Er blickte bei den Unabhängigen ab und seine Aufgabe war erledigt. Winderlar waren die Absichten des Dr. Heinze. Wenn es ihm nur um eine offizielle Befähigung unserer schon vorher befannten Koalition einzuwirken, so tun wir, dann konnte er sie auf anderem Wege erhalten, als dadurch, daß er sich vom Reichspräsidenten mit der Bildung des Kabinetts betrauen ließ.

Die Deutschnationale Partei auf die politische Bühne mit folgender Persönlichkeit:
An die deutschnationale Fraktion hat sich bis zur Stunde keiner der mit der Regierungsbildung betrauten Herren mit dem Entschluß und Teilnahme an den Verhandlungen gewandt. Das muß uns so sehr befremden, weil durch die veröffentlichten Erklärungen der Fraktion und durch die Haltung, die von deutschnationaler Seite seit den Wahlen eingenommen ist, die Bereitwilligkeit der Partei feststeht, den Bedürfnissen des Vaterlandes gerecht zu werden. In der geistigen Eignung der Fraktion bestand Übereinstimmung darüber, daß die deutschnationale Fraktion, nachdem durch die Haltung der Sozialdemokraten jede Koalition zwischen bürgerlichen Parteien und Sozialdemokraten vereitelt wurde, eine Regierungsbildung der bürgerlichen Parteien erstrebt wird. Auch das könnte nicht ohne Opfer der bisherigen Anschauungen und der Parteinteressen geschehen. Diese Opfer auf sich zu nehmen, erweise der Fraktion in Hinblick auf die bevorstehenden Verhandlungen in Spa und auf die Gefahr der von radikaler Seite ausbrüchlich angekündigten Veruche gewalttätiger Umstürzung der Verfassung als eine vaterländische Pflicht. Wenn diese vaterländische Notwendigkeit sich nicht erfüllen lassen sollte, so kann das jedenfalls nicht auf das Verhalten der Deutschnationalen Volkspartei zurückgeführt werden.

Geschäftsträgers in Paris, Dr. Meyers-Kaufmann, genannt. Dr. Meyer ist Mitglied der Zentrumspartei. Nach anderen Mitteilungen verlangt die Deutsche Volkspartei, die vorläufig nur ein Mitglied in das Kabinett entsendet, den Wirtschaftsminister Weidlich, die Übertragung des Reichswehrministeriums an den General v. Seekt.

Trimborn sah deshalb seine Aufgabe darin, ein Kabinett der bürgerlichen Parteien zustande zu bringen. Aber nicht eins von den Demokraten bis zu den Deutschnationalen, sondern eins, das alsbaldmöglichst betrautet, nicht aus der Mehrheit des Reichstages sich bildete, sondern in seiner ganzen Tätigkeit von der stillschweigenden Billigung der sozialdemokratischen Partei abhängig. Eine Lösung der verworrenen Lage, die wenigstens ein Angreifen der nächstliegenden Arbeiten gestattet. Natürlich waren erst wieder umfangreiche Besprechungen zwischen den Parteien erfolgt, ehe sich dieser Gedanke befestigte. Am meisten dazu beigetragen hat wohl die Erklärung, die Senator Dr. Peterlen im Auftrage der demokratischen Fraktion abgab. Sie lautete:

Man merkt deutlich das getränkte Gefühl heraus, bei allen diesen Verhandlungen so gar keine Beachtung gefunden zu haben. Es ist aber auch eine Unverständlichkeit vom Volke, die heute, die bis vor einigen Jahren allein vorangehend in Deutschland waren, die jetzt wieder ihre unbeschränkte Betätigung in höchsten Ehren preisgeben, so vollständig beiseite zu schieben. Es wird den Vertretern der sozialdemokratischen Partei im Parlament auch so noch schwer genug werden, die versprochene wohlwollende Neutralität zu bewahren, aber ein Ministerium mit Einschluß der Deutschnationalen konnte nichts anderes als unseren schärfsten parlamentarischen Widerspruch zu werden. Es hätte keine Zeit Bestand gehabt. Ueber die zwischen Trimborn und unseren Delegierten getroffenen Abmachungen muß man erst nähere Nachrichten abwarten, ehe man sagen kann, wie lange unsere Neutralität diesem Kabinett gegenüber dauern wird. Vielleicht werden sie, diese Abmachungen, erweitert werden müssen, vielleicht werden Versuche, sie zu brechen, abgewehrt werden müssen, alles Momente, die auch dieses Kabinett auf ziemlich unsicheren Boden lassen.

Partei mit ab, mit welchem Programm das neue Ministerium von der Öffentlichkeit treten wird. Unsere Partei muß es hienächst klären, nach octavo das Amt des Wirtschaftsministers in die Hände eines Vertreters der Stimmenspartei übergeht. Wenn die Wirtschaftsmassnahmen der nächsten Zeit aussergewöhnlich kritischen Charakter tragen werden, so haben vor allem die Unabhängigen die größte Schuld daran, auf ihre Schultern senken durch ihre Heinerne, in die Regierung mitzutreten. Diese Schuld wird sich rächen.

Einberufung des Reichstages.
Berlin, 16. Juni. Amlich wird gemeldet. Der Präsident der Nationalversammlung beruft auf Grund der Artikel 2, 180 der Verfassung den Reichstag zum 24. Juni 1920, nachmittags 3 Uhr, ein.

Die Unterjagd über die März-Vorgänge.
Berlin, 17. Juni. Bei dem Unterjagdungsantrag über die März-Vorgänge im Reichswehrministerium sind gegen 691 Offiziere Anklagen erhoben worden. Bis jetzt ist in 307 Fällen entschieden. In 97 Fällen ist auf Dienstentlassung und Beurlaubung erkannt, während der Rest durch Verurteilung und Niederlassung seine Erledigung fand. Um auch dem Unterpersonal zu seinem Recht zu verhelfen und unrechtmäßige Entlassungen zu verhüten, ist ein weiteres Referat für Beschwerden vom Unterpersonal mit einem Offizier, einem Unteroffizier und einem Zivilreferenten erdichtet worden.

Die obersten Stellen werden vorkünftig wegen der französischen Webergriege.
Breslau, 16. Juni. Nach einer Meldung des „Nacht-Abendblattes“ aus Gletwitz sind die dortigen Betriebsräte gestern bei dem französischen Webergriegepräsidenten wegen der französischen Webergriege vorbestimmt worden. Die Arbeiterchaft sei gemittelt, falls ihre Bitte um Abhilfe nicht erfüllt werde, zur Selbsthilfe zu greifen. Der Vorkriegs-Präsident erklärte, daß die Vorkriegs-Unterstützung der Schuldlosen seien zum Teil schon unterworfen und würden befristet werden. Die Verleihen würden durch die französischen Behörden entschädigt werden. Das Verbot des Waffenentrags werde durchgeführt werden.

Silberbarren.
Wien, 16. Juni. Gestern wurde in einer Vorstadt ein Auto angehalten, in dem 4 Silberbarren im Gewicht von 10 Zentnern gefunden wurden. Die Inassen wurden verhaftet und die Barren beschlagnahmt.

Die Landtagswahl in Mecklenburg-Schwerin.
Ein glänzender Erfolg der Mehrheitssozialdemokratie. Während in verschiedenen Staaten, u. a. Bayern, Württemberg, Oldenburg, die Landtagswahlen am gleichen Tage wie die Reichstagswahlen stattfanden, gingen die Wähler in Mecklenburg acht Tage später noch einmal zur Wahlurne. Da jetzt sich nun an dem Wahlerfolg sofort die Wirkung des unruhigen Verhaltens der Unabhängigen Partei bei der Regierungsbildung im Reiches zeigt, so mit ihrem Wahlerfolg, den sie unbestreitbar errungen hat, praktisch nichts anzufangen weis, sondern durch ihr Verhalten die uneingeschränkte Ausübung der politischen Macht den Rechtsparteien in die Hände spielt, fanden schon nach acht Tagen die Wähler an, dieser Partei den Rücken zu kehren. Trotz geringerer Wahlbeteiligung hat die Sozialdemokratische Partei an Stimmen gegenüber der Reichstagswahl erheblich zugenommen. Den Verlust tragen die Unabhängigen. In manchen Orten verlor diese Partei Hunderte ihrer Wähler, die von der E. F. D. größtenteils aufgenommen wurden.

Wir lassen das Stimmenergebnis folgen. 25 ländliche Bezirke stehen noch aus, allzuweit werden sie aber an dem Resultat nicht ändern. Auf je 5000 Stimmen fällt ein Mandat; ist der verbleibende Rest mehr als die Hälfte von 5000, so zählt er für zwei.

Der Vorkriegs-Präsident erklärte, daß die Vorkriegs-Unterstützung der Schuldlosen seien zum Teil schon unterworfen und würden befristet werden. Die Verleihen würden durch die französischen Behörden entschädigt werden. Das Verbot des Waffenentrags werde durchgeführt werden.

Wir Sozialdemokraten können diesem ganzen Treiben mit ziemlicher Ruhe entgegengehen. Es kommt die Zeit, wo man unsere Kräfte noch mehr brauchen wird wie bisher und dann wird unter Einfluß sofort wieder ein größerer werden. Trotz des Ausfalls der Wahlen, trotz unseres Stimmenergebnisses können wir sagen: Unser Reichsein blüht.

Das neue Kabinett.

Reichsminister: Dr. Meyer, Inneres: Koch, Auswärtiges: von Holtz (früher Kaiserlicher Gesandter in Wien), Wirtschaft: Weidlich, Finanzen: Birch, Schatz: v. Clemens, Arbeit: Stegerwald, Verkehr: Göner, Reichswehr: Geiler, Jung: Heinze. Zunächst hatte Abg. Trimborn den bisherigen Präsidenten der Nationalversammlung Heydenbach als Reichsminister in Vorschlag gebracht, aber Oberlaurie, trotz dem dieser Vorschlag bei seiner Partei Widerstand fand, denselben aus triftigen Gründen ablehnen zu müssen. Daranfolgt hat Trimborn dann den Namen des deutschen

Unsere Partei erklärt sich, unbeteiligt durch die Geschäftigkeit des gegen uns geführten Kampfes, ohne parteipolitische Voreingenommenheit bereit, sachlich und positiv in einem Kabinett mitzuwirken, das durch seine Verantwortlichkeit und durch sein Programm die Gewähr für den politischen und wirtschaftlichen Wiederaufbau gibt. Als unerlässliche Bestandteile dieses Programms bezeichnen ich von vornherein folgende Punkte:
- Vorbehaltlose und unbedingte Anerkennung der Weimarer Verfassung.
- Abklärung und Befämpfung jeder monarchistischen Agitation.
- Befämpfung jedes Verfalls der Aufrichtung einer Klassenherrschaft oder Einkürzung von Vordereuten an eine Klasse.
- Eine Politik der Versöhnung und des Ausgleichs auf politischem, sozialem und kulturellem Gebiet; Ablehnung jedes Klassen- und Rassenhasses, auch des Antisemitismus.
- Befestigung der Renten ohne parteipolitische Rücksichten mit Personen, die in Wort und Tat sich auf den Boden der Verfassung stellen und gewillt sind, in ihrer amtlichen Tätigkeit die Regierung sachlich zu unterstützen, die aber gleichzeitig nach ihrer Art und Vorbildung das Amt auszufüllen geeignet sind.

Diese obersten Grundzüge habe ich schon jetzt hervor, weil sie mir die unerlässliche Vorbereitung jeder von Vertrauen des Volkes getragenen Regierungsbildung über sein Weinen. Vorklären im einzelnen zu machen über die Führung unserer auswärtigen Politik, über die Befestigung unserer kulturellen und sozialen Lebens, über unsere Weimarer Politik, die aber gleichzeitig nach ihrer Art und Vorbildung das Amt auszufüllen geeignet sind.

Als nun die ersten Anzeichen für eine Lösung in diesem angebundenen Sinne auftauchen — die Deutsche Volkspartei scheint auf eine umfangreiche Befestigung der Politik zu setzen mit Angehörigen unserer Partei können alle großen Wert zu legen — da trat mit einem Male

Vertical text on the left margin, including names and numbers like '100', '101', '102', '103', '104', '105', '106', '107', '108', '109', '110', '111', '112', '113', '114', '115', '116', '117', '118', '119', '120', '121', '122', '123', '124', '125', '126', '127', '128', '129', '130', '131', '132', '133', '134', '135', '136', '137', '138', '139', '140', '141', '142', '143', '144', '145', '146', '147', '148', '149', '150', '151', '152', '153', '154', '155', '156', '157', '158', '159', '160', '161', '162', '163', '164', '165', '166', '167', '168', '169', '170', '171', '172', '173', '174', '175', '176', '177', '178', '179', '180', '181', '182', '183', '184', '185', '186', '187', '188', '189', '190', '191', '192', '193', '194', '195', '196', '197', '198', '199', '200', '201', '202', '203', '204', '205', '206', '207', '208', '209', '210', '211', '212', '213', '214', '215', '216', '217', '218', '219', '220', '221', '222', '223', '224', '225', '226', '227', '228', '229', '230', '231', '232', '233', '234', '235', '236', '237', '238', '239', '240', '241', '242', '243', '244', '245', '246', '247', '248', '249', '250', '251', '252', '253', '254', '255', '256', '257', '258', '259', '260', '261', '262', '263', '264', '265', '266', '267', '268', '269', '270', '271', '272', '273', '274', '275', '276', '277', '278', '279', '280', '281', '282', '283', '284', '285', '286', '287', '288', '289', '290', '291', '292', '293', '294', '295', '296', '297', '298', '299', '300', '301', '302', '303', '304', '305', '306', '307', '308', '309', '310', '311', '312', '313', '314', '315', '316', '317', '318', '319', '320', '321', '322', '323', '324', '325', '326', '327', '328', '329', '330', '331', '332', '333', '334', '335', '336', '337', '338', '339', '340', '341', '342', '343', '344', '345', '346', '347', '348', '349', '350', '351', '352', '353', '354', '355', '356', '357', '358', '359', '360', '361', '362', '363', '364', '365', '366', '367', '368', '369', '370', '371', '372', '373', '374', '375', '376', '377', '378', '379', '380', '381', '382', '383', '384', '385', '386', '387', '388', '389', '390', '391', '392', '393', '394', '395', '396', '397', '398', '399', '400', '401', '402', '403', '404', '405', '406', '407', '408', '409', '410', '411', '412', '413', '414', '415', '416', '417', '418', '419', '420', '421', '422', '423', '424', '425', '426', '427', '428', '429', '430', '431', '432', '433', '434', '435', '436', '437', '438', '439', '440', '441', '442', '443', '444', '445', '446', '447', '448', '449', '450', '451', '452', '453', '454', '455', '456', '457', '458', '459', '460', '461', '462', '463', '464', '465', '466', '467', '468', '469', '470', '471', '472', '473', '474', '475', '476', '477', '478', '479', '480', '481', '482', '483', '484', '485', '486', '487', '488', '489', '490', '491', '492', '493', '494', '495', '496', '497', '498', '499', '500', '501', '502', '503', '504', '505', '506', '507', '508', '509', '510', '511', '512', '513', '514', '515', '516', '517', '518', '519', '520', '521', '522', '523', '524', '525', '526', '527', '528', '529', '530', '531', '532', '533', '534', '535', '536', '537', '538', '539', '540', '541', '542', '543', '544', '545', '546', '547', '548', '549', '550', '551', '552', '553', '554', '555', '556', '557', '558', '559', '560', '561', '562', '563', '564', '565', '566', '567', '568', '569', '570', '571', '572', '573', '574', '575', '576', '577', '578', '579', '580', '581', '582', '583', '584', '585', '586', '587', '588', '589', '590', '591', '592', '593', '594', '595', '596', '597', '598', '599', '600', '601', '602', '603', '604', '605', '606', '607', '608', '609', '610', '611', '612', '613', '614', '615', '616', '617', '618', '619', '620', '621', '622', '623', '624', '625', '626', '627', '628', '629', '630', '631', '632', '633', '634', '635', '636', '637', '638', '639', '640', '641', '642', '643', '644', '645', '646', '647', '648', '649', '650', '651', '652', '653', '654', '655', '656', '657', '658', '659', '660', '661', '662', '663', '664', '665', '666', '667', '668', '669', '670', '671', '672', '673', '674', '675', '676', '677', '678', '679', '680', '681', '682', '683', '684', '685', '686', '687', '688', '689', '690', '691', '692', '693', '694', '695', '696', '697', '698', '699', '700', '701', '702', '703', '704', '705', '706', '707', '708', '709', '710', '711', '712', '713', '714', '715', '716', '717', '718', '719', '720', '721', '722', '723', '724', '725', '726', '727', '728', '729', '730', '731', '732', '733', '734', '735', '736', '737', '738', '739', '740', '741', '742', '743', '744', '745', '746', '747', '748', '749', '750', '751', '752', '753', '754', '755', '756', '757', '758', '759', '760', '761', '762', '763', '764', '765', '766', '767', '768', '769', '770', '771', '772', '773', '774', '775', '776', '777', '778', '779', '780', '781', '782', '783', '784', '785', '786', '787', '788', '789', '790', '791', '792', '793', '794', '795', '796', '797', '798', '799', '800', '801', '802', '803', '804', '805', '806', '807', '808', '809', '810', '811', '812', '813', '814', '815', '816', '817', '818', '819', '820', '821', '822', '823', '824', '825', '826', '827', '828', '829', '830', '831', '832', '833', '834', '835', '836', '837', '838', '839', '840', '841', '842', '843', '844', '845', '846', '847', '848', '849', '850', '851', '852', '853', '854', '855', '856', '857', '858', '859', '860', '861', '862', '863', '864', '865', '866', '867', '868', '869', '870', '871', '872', '873', '874', '875', '876', '877', '878', '879', '880', '881', '882', '883', '884', '885', '886', '887', '888', '889', '890', '891', '892', '893', '894', '895', '896', '897', '898', '899', '900', '901', '902', '903', '904', '905', '906', '907', '908', '909', '910', '911', '912', '913', '914', '915', '916', '917', '918', '919', '920', '921', '922', '923', '924', '925', '926', '927', '928', '929', '930', '931', '932', '933', '934', '935', '936', '937', '938', '939', '940', '941', '942', '943', '944', '945', '946', '947', '948', '949', '950', '951', '952', '953', '954', '955', '956', '957', '958', '959', '960', '961', '962', '963', '964', '965', '966', '967', '968', '969', '970', '971', '972', '973', '974', '975', '976', '977', '978', '979', '980', '981', '982', '983', '984', '985', '986', '987', '988', '989', '990', '991', '992', '993', '994', '995', '996', '997', '998', '999', '1000'.

Table with 3 columns: Party Name, Votes, and Percentage. Includes Sozialdemokraten, Kommunisten, Demokraten, etc.

Unter Mecklenburger Parteigang schreibt zu dem Wahlschlus folgendes: Die Mecklenburger haben insgesamt 20 Sitze...

Wenn die Unabhängigen in Mecklenburg ihre übrigen Wähler auch noch einblenden wollen, dann müssen sie nur nach dem Rezept handeln...

Geschichtlich betrachtet...

Die Unabhängigen werden und werden sich, um der Notwendigkeit, in die Regierung einzutreten, zu enthalten. Wieder einmal wollen sie ihr Parteiinteresse...

Über die eine bürgerliche Regierung nicht eine große Gefahr für die Arbeiterbewegung? ... Geschichtlich betrachtet, ist ... die bürgerliche Regierung...

Geschichtlich betrachtet, bedeutet also Helfferisch als Reichsminister an Stelle von Hermann Müller eine Schwächung der bürgerlichen Klasse.

Geschichtlich betrachtet, ist also Eubendorff als Reichsminister an Stelle von Gecker eine Schwächung der bürgerlichen Klasse.

Geschichtlich betrachtet, entsteht eine Schwächung der bürgerlichen Klasse, wenn als Landwirtschaftsminister irgendein Junker aus Vommern oder Ostpreußen an Stelle von Otto Braun die Landarbeiterfragen behandelt.

Geschichtlich betrachtet, bedeutet es also eine Schwächung der bürgerlichen Klasse, wenn der deutsch-volksparteiliche Freisler von Persner die deutsche Außenpolitik gestaltet an Stelle des Sozialdemokraten Nolde-Ritter.

Geschichtlich betrachtet, bedeutet es also eine Schwächung der bürgerlichen Klasse, wenn Stresemann die Steuern macht an Stelle des Unabhängigen Pfisterding.

Geschichtlich betrachtet, bedeutet es also eine Schwächung der bürgerlichen Klasse, wenn der Oberkapitän von Rapow Minister des Innern wird an Stelle des Unabhängigen Rudolf Brechtig oder Crispian.

Geschichtlich betrachtet, bedeutet es also eine Schwächung der bürgerlichen Klasse, wenn Graf von der Schulenburg wieder Oberpräsident von Sachsen wird an Stelle von Börsing.

Geschichtlich betrachtet, bedeutet es also eine Schwächung der bürgerlichen Klasse, wenn statt der unabhängigen Vöndere, Raute und Kasperer drei Deutschnationale eingesetzt werden.

Diese Bitte kann sich jeder nach Belieben verlangsamen, und dann mag er sich über die „historische“ Auffassung, wie die Unabhängigen die Macht der bürgerlichen Klasse brechen wollen, seine Gedanken machen.

Vor den Wahlen haben die Unabhängigen von den Wirkungen ihrer „revolutionären“ Politik ein anderes Bild entworfen. Wenn sie über dem Stimpfen auf die Sozialdemokraten die Reaktion und ihre Gefahren nicht ganz vergaßen, dann haben sie die Folgen einer reaktionären Herrschaft nicht als eine Schwächung der bürgerlichen Klasse hingestellt.

Karren sind nach dieser unabhängigen Lehre auch die Arbeiter der ganzen Welt, die gegen die Herrschaft des weißen Terrors in Ungarn protestieren und nicht begreifen, daß nur der Sozialismus in Ungarn gesiegt ist, wenn die Organisationskräfte der Arbeiter...

Die Leute in der unabhängigen Reichstagsfraktion sind viel schlauer. Weil die deutschen Arbeiter so dumm waren, den Rapp-Buß niederschlagen, verheißten die unabhängigen Reichstagsabgeordneten den Rapp-Parteien einige Wochen später zur Herrschaft, und zwar „verfassungsmäßig“.

Ein Räffel für Braunschweig.

Die Unabhängigen sind in der schmerzlichen Lage. Im Mittel haben sie „grundständig“ und „selbstbestimmt“ die Arbeiter zur Regierungsbildung abgewiesen...

In Braunschweig hingegen hat bisher die schärfste Nummer der Unabhängigen geherzt und der frühere Reichstagsabgeordnete in Braunschweig haben nun die Unabhängigen zwar so stark gemacht, daß sie mit den alten Sozialdemokraten eine Mehrheit haben, aber ohne sie auch nicht regieren können.

Um die Sozialdemokraten für die Mitwirkung an ihrer Regierung zu gewinnen, fanden sie sich schließlich zu Zugeständnissen bereit, die auf nichts anderes hinausliefen als auf die Ablenkung des Teilhaber-Programms der Partei. Sie erklärten es für selbstverständlich, daß die „Mittlerrepublik“ nur durch Wehrheitswillen des Volkes eingeführt werden können.

Dieses Zugeständnis trägt ihnen nun einen ersten entsetzlichen Mißerfolg vor der Büttner-Zentrale ein. In der „Freiheit“ hat Wilhelm Dittmann schon dieser Tage geschrieben und getrickelt ausinandergesetzt, daß man in den einzelnen Vortrags-Koalitionen eingehen könne, im Reiches müßte sie jedoch verpönt bleiben.

Wir betiteln uns“, so heißt es weiter, „an einer sozialistischen Regierung, wenn dadurch eine Macht-erweiterung für das Proletariat möglich ist, und um die Grundzüge unseres Parteiprogramms in dem möglichsten großen Umfang, den die jeweilige politische Situation zuläßt, zu verwirklichen, nicht aber, um über unsere grundsätzlichen Standpunkte zu verhandeln“.

Das letztere ist ausschließlich die Unabhängigen zu. Wollen also zwei verschiedene Parteien gemeinsam eine Regierung bilden, so müssen sie wohl oder übel verhandeln, ohne ihren grundsätzlichen Standpunkt aufzugeben. Auch wir Sozialdemokraten erstreben durch die Teilnahme an der Regierung lediglich eine Macht-erweiterung für das Proletariat, allerdings nicht nur in Braunschweig, sondern überall, und hatten vor allen Dingen dieses Ziel im Auge, als wir die Beteiligung der Unabhängigen an der Reichsregierung verlangten.

Die Braunschweiger Delegation. Die bürgerlichen Abgeordneten im Braunschweiger Landtag wollten sich von der sozialistischen Mehrheit durchaus nicht vollständig von der Regierungsbildung in ihrem Lande ausschalten lassen. Da sie aber bei Abstimmungen herunterstiegen, so verlegten sie sich auf die Obstruktion. Sie verhindern jeden wirklichen Beschluß, indem sie den Sitzungsstunde verlassen und dadurch Beschluß-unfähigkeit herbeiführen, da die Geschäftsordnung bestimmt, daß zwei Drittel der Abgeordneten anwesend sein müssen.

Um nun der vereinigten bürgerlichen Minderheit die weitere Verhinderung der sozialistischen Regierungsbildung unmöglich zu machen, beantragte in der Landtagssitzung vom Dienstag Abgeordneter Paul Funke (Unabhängiger), die Geschäftsordnung dahin abzuändern, daß die Beschlußfähigkeit des Hauses künftig nicht mehr eine Zweidrittelmehrheit erfordern solle, sondern daß das Haus schon beschlußfähig sein soll, wenn die Hälfte der Abgeordneten anwesend ist. Die bürgerlichen verhielten sich aber auch die Annahme dieses Antrages, in dem sie das Haus wiederum verließen.

Die zweite Zone wieder an Deutschland.

Gestern mittags kamen in Flensburg die Fahnen der vier fremden Mächte unter dem Jubel einer großen Menschenmenge. Als die Franzosen abzogen, erkundeten deutsche vaterländische Lieber. An irgendwelchen Anzeichen fehlte es nicht. Am Mittag traf der Reichsminister des Auswärtigen und der preussische Minister des Innern ein.

Verbot des Eingens.

Borms, 15. Juni. Laut einer amtlichen Bekanntmachung des Chefs des Generalstabes hat der kommandierende General der Rheinarmee in der durch die französische Armee besetzten Zone infolge von Anzeichen und Anlaß zu Unruhen zu vermeiden, verboten, daß in der Öffentlichkeit oder unter Verhüllungen, die bei Öffentlichkeit stattfinden, die deutsche Fahne, die deutsche Mäntel, welche einen feindseligen propagandistischen Charakter gegen Frankreich tragen, getragen werden. Ferner wird in der von Franzosen besetzten Zone unter allen Umständen das Flaggens in Nationalfarben, sei es in den alten oder in neuen Farben, verboten. Jede Uebertretung wird als Ungehorsam gegen Befehl betrachtet und als solcher bestraft, entsprechend Artikel 6 der Ordnung Nr. 1 der internationalen Konvention.

Der Schandfleck.

Roman von Ludwig Kaspergruber.

„Seltsam, ich kann die nicht böse sein, ich hab' schon gemeint, die Russländerinnen wären all'amt ausgeprochen, da bist du erste, der sich nach langer Zeit wieder herannaht an mich, und das freut mich. Ich sag' dir, es ist völlig zuwider, wenn man all'amt in so was' bleibt und so man selber angeht, nur unter den Augen was herumzappen läuft und nicht einmal weiß, was das für ein Schandfleck ist, außer hängelegt wird, das wärst, darauf kannst du dich schon verlassen, aber freuen tut mich das.“

„Damit hand er auf. Also genug für heut', ich hab' noch einen Gang.“ sagte er mit zusammengekniffenen Augen. „Zu der Gevri.“ flücherte die Wittin. Der Leutenberger tat einen verwundernden Blick nach ihr, der besagen sollte, wie kommt du dazu, ein Wort herein zu geben, wo zwei solche, wie ich und der, miteinander reden, weiter aber nahm er die Bemerkung nicht über und fuhr, zu dem Müllerbühne gehend, fort: „Morgen wollen wir einander, du triffst mich hier von früh ab, außer — er zwinkerte wieder mit den Augen. — Du hältst so wenig Zeit, daß du heute noch in aller Eile heim müßtst.“

im vorhinein so behaupte, um mich fürchten zu machen? Wegen der Urban hab' ich euch nicht einmal zu lachen gewagt, wo es doch um Sachen war, müßt ich meinen, ihr könntet euch vielleicht jetzt gegen mich etwas herausnehmen, daß ich nicht, sonst sag' ich euch gleich, ein wenig Zudrücken, es darf mir nur einfallen, daß ich nicht genau davor, so rühm ich euch alle hinaus bis auf den letzten.“

„Er wort' eine kleine Weile ab, da aber keiner der Anwesenden sich rührte, wiederholt sich die Rede in einer anderen Stellung minder schön dazuigen, so sagte er und ging. „Nicht.“ flücherte die Wittin, „die haben alle zwei morgen einen schweren Stand.“

„Ich vergiß' einem leben Schläge, so viel auf ihm Platz haben.“ sagte ein bußiger, verflochtener Tagewerter. Als Florian aus der Schenke getreten war, sah er den Leutenberger auf der Straße, die zu dem Dorfe hinausführte, dahingehen. Er beschloß ihm jetzt recht's halber zu folgen, und ging nun immer der Straße hinterher, bis er einen Weg sah, der zum Dorfe führte, und er sah, daß er nach einer gerummen Weile sich umblühte und das Dorf weit hinter sich liegen sah.

Der Leutenberger Urban begann den Berg hinaufzugehen, bald mußte er im Schatten der Bäume verbleiben, Florian besaß die darum, ihm näher zu kommen, sie waren in der Nähe, als der erste in der Nähe des Häusdens stehen blieb und dann schloß: ein Paar mal schon hatte er sich umgesehen, auch nicht im Geringsten innegehabt, damit sich

Radschreitende durch seine Tritte verraten sollte, aber er war zu sehr an' er Hut.

Da standen sie nun vor dem Häusden, ein niedriger Baum vor demselben schloß ein kleines Gäßchen, ein wenig Ackergrund und einige Weiden, er sollte das dürftige Bestium wohl nicht schägen, sondern nur umflehnen, damit die Eigentümer mit einem Blick das Ihre überschauen konnten, sie sahen sich zu gehen, was er nicht eilig zu tun, aber das war Augen zu haben, wie arm sie seien. Unmittelbar hinter dem Farnen, die bei dem Häusden eingetiebt waren, zeigte sich eine Aulung.

„Die Urban klopfte mit derber Faust an die Schellen. „Hörst du Maria.“ rief Innen ein Weib. „Wer ist denn?“ „Ich bin ich, Maria. Was ich nicht gesagt, ich komm' treten.“ Da bin ich nun, sagt die Gevri an das Fenster treten.“

„Die Gevri ist nicht daheim, — wir haben sie fortgeschickt, — nach Bergsdorf halt haben wir sie zur Verwandtschaft geschickt.“

„Wenn es wahr wär', so holte ich mit meinen kleinen Schatz aus von dort, und das müßt' mir wohl selber wehren. Ich kenn' den Leutenberger Urban noch nicht, wenn er sich was in den Kopf setzt! Aber ich weiß, sie ist heim, der Vater hat ihr mich aufpassen müssen, seit sie mit dem Schützger herein ist, ist sie nicht aus der Hütte gekommen.“

Eine internationale Wirtschaftskonferenz.

22. Rom, 16. Juni. Die der Korrespondent der 'Frankf. Zig.' erklärt, tritt am 21. Juni in Paris eine internationale Wirtschaftskonferenz zusammen, die neben verchiedenen anderen Fragen sich besonders mit der Aufhebung verschiedener Ein- und Ausfuhrverbote und mit der Kalantfrage befassen soll. Auch die Errichtung einer internationalen Handelskammer in Paris steht auf der Tagesordnung. Die Beteiligten Staaten nehmen an diesen Verhandlungen teil.

Kraffts Verhandlungen.

London, 15. Juni. Laut 'Times' soll Krafft in London gegeben haben, daß die Moskauer Regierung, falls sie erzwungen werden würde, die russische auswärtige Schuld anzuerkennen, darauf bestehen würde, daß man ihr alle Rechte und Privilegien, wie sie im alten Londoner Vertrag festgelegt seien, ebenfalls zuerkennt. Sie meine damit hauptsächlich jene Zölle des Londoner Vertrages, wonach Konstantinopel an Rußland fallen werde.

Rotterdam, 15. Juni. Der Vorsitzende der ukrainischen Delegation bei der Friedenskonferenz hat Lord George einen Protest gegen die Vertreibung der Ukraine durch R a r s i n zugestellt, da die Ukraine unabhängig ist und nicht unter den Bolschewisten ließe.

Der schwedisch-finnische Konflikt.

Kopenhagen, 15. Juni. 'Berlingske Tidende' meldet: Der schwedische Gesandte in Selingfors ist zur Berichterstattung nach Stockholm berufen worden. Dieser Schritt ist nicht als Überstürzung aber als Zeichen dafür aufzufassen, daß die schwedische Regierung der finnischen Regierung ihre Auffassung über die Lage zu erkennen geben will. Die Stimmung in eingemeinlichen Kreisen Stockholms und auch auf den Klansinseln ist jetzt ernst. Weitere 420 Mann selbständig ausgerückter finnischer Truppen kamen auf den Klansinseln an und weitere Truppen werden in den nächsten Tagen erwartet.

Der persische Bolschewismus.

Rotterdam, 15. Juni. Wie der 'Nieuwe Rotterdamse Courant' aus London meldet, werden die benachrichtigten Gerichte über das Auftreten des Bolschewismus im Orient offiziell für unbegründet erklärt. Es sei nichts über die Bildung eines Bolschewistenheeres bekannt, das die Aufgabe habe, Afghanistan oder Persien anzugreifen. Die Lage in Mesopotamien sei ziemlich ungeklärt, da es nicht feststehe, wer für die Angriffe einzelner Stämme auf die Engländer verantwortlich sei. Die Angreifer seien zum Teil Anhänger des Emir Feisal, der indes seine volle Freundschaft für England erklärt habe. Es sei möglich, daß die Angriffe auf türkische Bekehrten zurückzuführen seien. Eine andere Note erklärt die Gerichte über Bolschewistenangriffe in Indien für unbegründet.

Kabinettskrisis auch in Norwegen.

Kopenhagen, 16. Juni. Wie die Blätter aus Christiania melden, hat das Storting gestern das Begehren des Ministeriums Anubind mit 74 Stimmen gegen 51 Stimmen abgelehnt. Infolgedessen werde Ministerpräsident Anubind heute mit der ganzen Regierung zurücktreten, und man glaubt, daß der König den Stortingpräsidenten Salvoorsen ersuchen werde, die neue Regierung zu bilden.

Bewaffnete Handelschiffe. Die Frage der bewaffneten Handelschiffe, die während des Krieges eine so große Rolle gespielt hat, wurde auf der dieser Tage in Portsmouth abgehaltenen Internationalen Wülfersrechtskonferenz behandelt. Im Namen der 17.000 im Kriege umgekommenen englischen Seeleute und mit Unterstützung des Präsidenten der englischen Seemanns-Organisation, die 250.000 Mitglieder zählt, hatte Sir Graham Dover den Antrag gestellt, für das Verbot der Bewaffnung von Handelschiffen einzutreten. Der Antrag gling nicht durch, indem man blieb auf den während des Krieges von England vertretenen Standpunkt, daß die Bewaffnung zu Verteidigungszwecken erlaubt sein solle.

Berurteilungen in der Pfalz. Das Kriegsgericht für französische Häftlinge verurteilte einen Bützschliff wegen Verleumdung der französischen Nation zu acht Tagen Gefängnis, zwei Personen wegen Breiterechtswahns zu acht Tagen und einem Monat Gefängnis, einen Studenten und eine Studentin von 19 Jahren, als Versammlungsleiter keinen Einbruch gegen Beurteilungen über französische Belastungsstruppen erhoben hatten, zu je 3000 Mark Geldstrafe, die Rechnerin dieser Versammlung zu einem Jahr Gefängnis und 10.000 Mark Geldstrafe.

Das Verbindungswesen der sozialistischen Justizbeamtenkreise. Die obersteinsten Justizbeamten werden alle gegen die Arbeit wieder aufgenommen. Die Verhandlungen zwischen der Interalliierten Kommission und der Justizbeamtenkreise über die bekannte Forderung der Justizbeamten werden ununterbrochen fortgesetzt. Die unmitelbaren Besprechungen zwischen Geheimrat K r u t e n aus Berlin und General F e r n a n d über die Organisation der Reichsjustiz in Oberleitung sollen in nächster Zeit wieder aufgenommen werden. Es verläut ferner, daß das Appellationsgericht als Oberste Instanz für Oberinstanzen sich nur mit Strafprozessen befassen wird, daß dagegen bei den Zivilprozessen die bisherigen Instanzen gültig bleiben sollen.

Nordischer Schwindelkriege.

Die 'Deutsche Tageszeitung' sucht den Nachweis für die Regierungsschuld ihrer großgerichteten Freunde dadurch zu erbringen, daß sie neuerdings einen maßlosen Schwindelartikel gegen Genossen Otto Braun, den preussischen Ministerpräsidenten und Landwirtschaftsminister, löst. Anlaß: Aus dem Landwirtschaftsministerium war mitgeteilt worden, daß die Vereinstungsgelder von 5 P. erhoben wurde, nicht verteuert werden sollen. Die Mitteilung des Ministeriums war jedoch geworden, weil einzelne Vorstandsmitglieder der Landwirtschaftsminister die Gebühr für die Vereinstungsgelder bis zu 20 P. erhöht hätten. Bestenfalls

die betreffenden Oberkriter die zu unredlich erhöhten Weltmarken zurückzuführen. Daher der Wutanfall des internationalen Marktes, das die Gelegenheit benutzte, um die gefamte Müllerei Braun mit durch seine Selbstgefälligkeit kritischen Angriffen in den Not zu ziehen. Bewußt, daß überaus ungenau die Fähigkeit, die großartigste Agrarwirtschaft des Genossen Braun den Hintermännern der 'Deutschen Tageszeitung' ist!

Im übrigen bietet der Artikel der 'Tageszeitung' das Menschensmögliche an Verdröhnungskünsten. Wiederum wird die Lüge aufgeführt, daß unter der Hera Braun für die innere Kolonisation, für die Errichtung von Kleinanwesen nichts geföhren sei. Wer aber hat in Wahrheit bisher die Durchführung des Reichsfindungsgefehles in Preußen sabotiert? Doch nur die Deutsch-Nationalen, die es im Veretn mit den übrigen bürgerlichen Parteien verstanden haben, die sofortige Bildung der im Gehebe vorgeheneu Pändlerungsverbände zu verhindern. Weiter: daß die Staatsböuden nicht zu Eicklungswecken aufgeführt werden, bran soll ebenfalls Genosse Braun schuld sein. Dabei verschmeißt das eble Agrarierblatt, daß die Domänen schon unter der Regierung seiner Parteifreunde auf langjährige Verträge verpachtet worden sind. Wehe, wenn der sozialistische Landwirtschaftsminister es wagen sollte, einen der gestimmungsbekanntesten Domänenpächter, von denen mancher in den Rapp-Zagen voll Freude die schwarz-weiß-rote Fahne hoch hielt, vorzeitig an die Luft zu legen! Und wie viele Domänen sind unter der Hera Hammerstein und Schörlener von bankrotten Junkern für teures Geld dem Staate aufgegeben worden, Domänen, die so heruntergewirtschaftet sind, daß man sie den Kleinbauern gar nicht anbieten kann!

Den Spieß der Verlogenheit erreicht die 'Tageszeitung' nicht, indem sie den Genossen Braun für den Holzgänger verantwortlich macht. Dagegen hat die Raatliche Forstverwaltung auf diese Anordnung Braun's tatkräftig daran gearbeitet, die Preise für Bau- und Brennholz zu senken. Die 'Deutsche Tageszeitung' soll doch mal bei den ihr nahestehenden Großgrundbesitzern Nachfrage halten, ob auch nur ein einiger diese Bemühungen des sozialistischen Landwirtschaftsministers unterstützt hat! Diese Herren haben samt und sonder's es trefflich verstanden, die Konjunktur zugunsten des eigenen Geldburses auszunutzen, und keinem fiel es ein, an die Not der armen müßelosen Bauernpaue zu denken, für die das Junkerblut Arzobillsträden vergießt. In der mahllosen Steigerung der Holzpreise haben vor allem die Freunde der 'Deutschen Tageszeitung', die Beföhner von Privatwaldungen sich g-fund gemacht. Ihnen Wald haben sie rickichtslos in schmerz Geld umgelegt und niemals nach den Schäden gefragt, die der deutschen Volkswirtschaft aus diesem Holzgänger erwachsen müssen. Das alles weiß die 'Deutsche Tageszeitung' so gut wie irgendeiner. Trotzdem aber bringt sie in jeder Aufmachung ihre innerlich unmaßvolle Dürchführung in hochwürdigen Tzuden. Deswegen sollte — zu unruhig-patibill und amtlidie Berichtigungsschreiben im allgemeinen auch sind — Genosse Braun gegenüber den lügerischen Darstellungen der 'Deutschen Tageszeitung' einmal vom 31 des Preßgefehles Gebrauch machen, und dem Agrarierblatt zeigen, was es sonst zu bezweifeln pflegt, daß wir auch in einem Reichsstaate leben! —

Das Stellungswert im Agrarbereich.

Berlin, 15. Juni. Mit dem heutigen Tage tritt das Gesetz in betreffen der Verdröhnung in g-füll in den Ruchkraft in be r k r t in Kraft. Dieses Gesetz schafft die organisatorischen Grundlagen für ein gewaltiges Stellungswert, dessen Ziel letzten Endes die Steigerung der Erzeugung eines der wichtigsten Produkte der deutschen Volkswirtschaft ist, nämlich der Kohle. Das Gesetz beauftragt, die Anstellung von etwa 150.000 Bergleuten mit ihren Familien vorzubereiten und diese Stellungsaufgabe zu durchzuführen, daß einer der wichtigsten Arbeitsbezirke Deutschlands zu einem einhelligen Wohnbezirk ausgebaut wird.

Das Gesetz ist in der Preussischen Gesetzesammlung 1920 Nr. 24, Seite 286 veröffentlicht. Gleichzeitig ist die Ausführungsanweisung erschienen, die in der Beilage zu Nr. 6 der 'Volkswirtschaft', des amtlichen Organ's des Preussischen Ministeriums für Volkswirtschaft (Verlag Carl Henmann, Berlin W 8), abgedruckt ist. Zum Kommissarischen Verbandspräsidenten ist der Oberbürgermeister Müllers aus Hannover bestellt. Für die Stellen der ihm belangenden Beamten werden demnach in einem Nachtragsset bei der Preussischen Landesversammlung die nötigen Mittel angefordert.

Die Notlage der Birmanen'schuhindustrie.

Aus den Verhandlungen der Vertreter des Reichswirtschaftsministeriums mit den Vertretern der Birmanen'schuhindustrie sind die Ausführungen des Staatssekretärs H r i k t interessant. Er erklärte, die Maßnahmen, die Birmanen getroffen habe, gingen über den Rahmen des Abgabs Birmanens hinaus; es müßten die Gründe, die zu der Stilllegung einer so großen Anzahl Betriebe geführt hätten, untersucht und der Zustand mit Hilfe aller Beteiligten beiligt werden. Kommerzienrat K o p p, Birmanens, führte aus, die Birmanen'schuhindustrie habe sich dem Waffensstillstand in einer heissen Situation gefunden, man hätte frühzeitig Auslandsmaterialien kaufen müssen, dann hätte sich das Schiebertum breitgemacht, das alles führte zu der jetzigen Krise, bei der man es unbedingt mit einem wirtschaftlichen Zusammenbruch zu tun habe. Die Zahl der Arbeitlosen in der Stadt Birmanens ist in den letzten Tagen auf 6000 gestiegen.

Notizen.

Millionenstiftung für die Universität Straßburg. Dem alademischen Senat der Universität Straßburg ist durch den Vorliegenden Rektor die Kunde von einer Millionenstiftung der Millionäre Andross und Eruch M e h l i n zur Tuberkulose-Stiftung überbracht worden. Die Stiftung trägt schon jetzt Zinsen, die zur Dedung der Kosten der Experimente sowie dem Studium der Tuberkulose in der Straßburger Universität gewidmeten Lehrstuhls dienen soll.

Belgisches Konjunkturprojekt. In der belgischen Kammer äußerte sich der Ministerpräsident Delors über den Wlan des Rhein-Maas-Schleife-Kanals, daß mit dem Bau nach den Bestimmungen des Friedensvertrages binnen 7 Jahren begonnen sein müße. Bis dahin lie die Einbürgerliche Kolonialverwaltung nach Zürich fertig, und auch der Kanal Antwerpen-Brüssel müße bis dahin vollendet sein.

lein. Bei der Besprechung der Konjunkturprojekte Wollstein und Jentich, trat die belgische Regierung für das Projekt Jentich, den Erlebeber Kanalplan, ein, der eine direkte, von Antwerpen ausgehende Verbindung Schelde-Maas-Rhein mit Mündung bei Ruhrort vorsieht.

Die Reichshandlungslehre.

(Fortsetzung.)

Die ersten drei Tage der Reichshandlungslehre haben einer wohl alle Seiten überwindenden einflussreichen Sieb der Rinder gebracht, nicht durch Majoritätsentscheidungen, sondern allein durch die innere Schärfe und Festigkeit ihrer Position, durch die Macht des Geistes. Trotz aller partikularistischen Zulammenziehung der Konferenz ist die Reaktion nun von vornherein in die Dienste gebracht. Seit Männer wie Goldschmidt und Barnard gesprochen, die sie wohl glauben zu den übrigen zählen zu dürfen, ist der neue Altorp gesprochen, ist die Position der Reaktion reitungslos verloren, und man gewinnt jetzt schon den Eindruck, als hätte sie sich selbst nur noch als die Verleugnerin einer vornehmen und vorfindenden Kultur. Die erste Kraftprobe spielen dem alten und dessen neuen Bildungsideal, die diese Reichshandlungslehre in ihrem tiefsten Grunde darstellt, ist gleich zu Beginn zugunsten des neuen Ideals entschieden: das darf man schon heute als das Ergebnis der Reichshandlungslehre bezeichnen.

Zunächst bewegt hat die Debatte um die Wirtschaft. Von der Wirtschaft der Wirtschaft wurde angeführt, daß die Arbeit in der Entwicklung der Wirtschaft von der Einzelarbeit zur Gemeinschaftsarbeit fortgeschritten ist, das bedeutet eine andere Einstellung des Einzelnen zu Arbeit. Der Arbeituntertrieb müße die Arbeit der Gemeinschaftsarbeit methodisch zu verwerten werden. Die Arbeit bringe dem Individuum die Früchte. Ehe wir nicht eine vollkommenere Einstellung auf die Wirtschaftswerte haben, könne die Auswertung dieses Wohlstandes nur vorberichtet werden, aber nicht fest müße das Prinzip der Gemeinschaftsnotwendigkeit in der Untertrieb hineingetragen werden. Vom Kindergarten an müße das Prinzip der gemeinschaftlichen Nützlichkeit der Arbeit in den Vordergrund gestellt werden. Den Schülern der höheren Schulen müße größere Hochachtung vor dem Handarbeiter beigebracht werden, die Handarbeit in ihrem inneren Werte haben, könne zumal bei der Verbesserung der akademischen Berufe.

In dieser Ausdrucks betätigen sich Prof. H e r z o g, Prof. Prof. O s w a l d und Prof. K a r o l z - M a r z b u r g.

Schwerförmigkeit

nimmt als erster Referent Direktor L o u i s - B e r l i n das Wort. Er verzittet antworten über vom Philologensendab geleborten Klassenrichtung der Bildung überhaupt auf die Zerteilung der Lehrstoffes. — Prof. M a h e l e r s - M e i n e r lobt das Unterrichtsministerium, dessen Vorgesetzten die Unterrichtsminister in Berlin, besonders Vordrängen der akademisch gebildeten Lehrkräften.

Die bekannten Forderungen des Deutschen Lehrervereins nach Untertriebsschule aller Lehrer begründet als vierter Referent Referent P e t e r - B e r l i n.

Am 10. Juni um 10 Uhr Prof. S p e r g e r - L e i p z i g, der die Notwendigkeit besonderer pädagogischer Hochschulen für die Volkshandlungslehre aus theoretischen und praktischen Gesichtspunkten abt.

Es beginnt die Diskussion zu der sich 40 Diskussionsreferenten melden. Am der Debatte ist folgendes hervorzuheben. Schullehrer N d a s t - K e u f f i n: Der Kampf um die Schulst ist ein Kampf der Weltanschauungen. Eine innere Einheitslichkeit der Schule ist nicht möglich ohne einen einheitlichen Lehrerbund. Die Schulwesenentwicklung ist ein großer Akt inneren Vorgesetzten, die notwendig die Ausbildung der Schüler, besonders Vordrängen der akademisch gebildeten Lehrkräften. Die Lehrerbildung muß nach den Grundrissen der betr. Nationalgemeinschaft erfolgen. — Lehrer D u r e r (Sungelocherberg): Ich vernehme, wenn das Unterrichtsministerium die Vorgesetzten der Schulen die Verantwortung für die Schulwesenentwicklung überträgt, dann ist es notwendig, daß die Vorgesetzten der Schulen die Verantwortung für die Schulwesenentwicklung überträgt. — Lehrer S t e i n e r - H a m b u r g: Der Studierende muß von der Lehrer werden will, frühzeitig mit der Jugend der Vorgesetzten der Schulen, die notwendig die Ausbildung der Schüler, besonders Vordrängen der akademisch gebildeten Lehrkräften. Die Lehrerbildung muß nach den Grundrissen der betr. Nationalgemeinschaft erfolgen. — Lehrer D u r e r (Sungelocherberg): Ich vernehme, wenn das Unterrichtsministerium die Vorgesetzten der Schulen die Verantwortung für die Schulwesenentwicklung überträgt, dann ist es notwendig, daß die Vorgesetzten der Schulen die Verantwortung für die Schulwesenentwicklung überträgt.

Direktor H i l d e r b e r g - M i t t e n b e r g als Vertreter der akademisch gebildeten Lehrer hat nichts wegen die gemeinsame Grundbildung hält oder soll an der neuzeitlichen höheren Schule. Eine wesentliche höhere Ausbildung der Oberstufe der Schulen, die notwendig die Verantwortung für die Schulwesenentwicklung überträgt, dann ist es notwendig, daß die Vorgesetzten der Schulen die Verantwortung für die Schulwesenentwicklung überträgt.

Präsident L ö d e r - B e r l i n: Nur wenn wir eine einheitliche Schulwesenentwicklung durch die gemeinsame Grundbildung halten können, können wir die Verantwortung für die Schulwesenentwicklung überträgt, dann ist es notwendig, daß die Vorgesetzten der Schulen die Verantwortung für die Schulwesenentwicklung überträgt.

Landeshandlungslehre O t t m a n n - M i e n berichtet über die Wirtschaftlichen Verhältnisse — Internatsdirektor K e i n e l b e r g: Die Wirtschaftliche Situation der Preuss. Lehrerbildung ist mit mäßig durch Studium an der Hochschule. Sie besteht die wissenschaftliche Ausbildung, um so besser der Unterricht auf allen Stufen, auch der elementarsten. Die pädagogische Hochschule ist nur eine isolierte Insel im Ozean der Lehrerbildung. Es fehlt die Verbindung mit den anderen Hochschulen. Die Verantwortung ist unabweisbar mit daran denken, daß dann eine Fülle von Kulturkritikern durch die Fülle von Kritikern werden. — Direktor B e i l i e f - L i n k s: Die Verantwortung für die Schulwesenentwicklung überträgt, dann ist es notwendig, daß die Vorgesetzten der Schulen die Verantwortung für die Schulwesenentwicklung überträgt.

Präsident L ö d e r - B e r l i n: Nur wenn wir eine einheitliche Schulwesenentwicklung durch die gemeinsame Grundbildung halten können, können wir die Verantwortung für die Schulwesenentwicklung überträgt, dann ist es notwendig, daß die Vorgesetzten der Schulen die Verantwortung für die Schulwesenentwicklung überträgt.

Präsident L ö d e r - B e r l i n: Nur wenn wir eine einheitliche Schulwesenentwicklung durch die gemeinsame Grundbildung halten können, können wir die Verantwortung für die Schulwesenentwicklung überträgt, dann ist es notwendig, daß die Vorgesetzten der Schulen die Verantwortung für die Schulwesenentwicklung überträgt.



Partei-Angelegenheiten.

Freier Sängerbund. Freitag abend Eingekunden Vereinsklub zum Schützen. ...

Der Vorstand. ...

Freitag abend 7 Uhr treffen sich die Genossinnen und Genossen in unserem Jugendheim. ...

Aus dem Stadtreis.

Halle, 17. Juni 1920.

Eine Funktionärin.

Fr. P. D., welche gestern abend sagte, beschränkte sich bei der Stellungnahme zur Parteiauswahl. ...

Resolution.

Die am 15. Juni tagende Funktionärin des Sozialdemokratischen Vereins für Halle, billigt den Beschluß der Konferenz des Parteiauswahlschusses und der Reichsgruppe: keine Koalition mit Einigkeit der Volkspartei zu bilden.

Durch den Beschluß der unabhängigen Partei, nur in eine reinpolitische Regierung einzutreten, wo sie, obgleich in Minderheit, die größere Hälfte der Regierungsgeschäfte beanspruchen, ist die Bildung einer arbeitsfähigen Koalition mit Zentrum und Demokraten nicht gegeben. ...

Die Funktionäre verpflichten sich mit aller Kraft für die Ausbreitung der sozialdemokratischen Ideen zu wirken. Die Mittel hierzu sind: die Stärkung des sozialdemokratischen Vereines und die Verbreitung der Volksstimme.

Zu den Bestrebungen der rechtsfähigen Kreise, die Erfüllung wesentlichen Teiles des Berliner Friedensvertrags, der die Herabsetzung der Reichswehr auf 100 000 Mann fordert, hinauszuweisen oder gar zu verhindern, fassen die Funktionäre nachfolgende

Entschließung.

Die Funktionäre wenden sich mit Entschiedenheit gegen das Streben reaktionärer Kreise, die Reichswehr in einer Stärke von 200 000 Mann zu erhalten. Sie sind vielmehr der Ansicht, daß es notwendig ist, eine verfassungstreu, zuverlässige Sicherheitswehr auf eine genügend hohe Zahl zu bringen. Die Funktionäre sind ferner der Ansicht, daß eine Sicherheitswehr von 100 000 Mann einer Reichswehr von gleicher Stärke vorzuziehen ist.

Der neue statistische Monatsbericht.

Der neue statistische Monatsbericht bringt wieder eine Fülle wertvoller statistischer Materialien. Die in den ersten 5 Monaten des Jahres 1920 auf 190 992 Personen fortgesetzt. Die Geburten und Sterbefälle zeigen leider immer noch kein Verhältnis, das zu großen Hoffnungen für den natürlichen Aufbau der Bevölkerung berechtigt; denn 424 Sterbefälle ließen im Februar 427 Lebendgeborene erkennen. ...

Die statistische Entwicklung der sozialdemokratischen Partei bis 1914.

Im volkstümlichen Auditorium maximum der hiesigen Universität sprach am Dienstag abend Gen. Eduard Bernstein über obiges Thema. Er leitete vorerst für ein gutes Stück Parteigeschichte ab und zählte heute zu den wenigen, die mit den alten Fortkämpfern der sozialistischen Bewegung in persönlicher Beziehung standen. ...

Unter den Arbeitern war es besonders der Schneidermeister Wilhelm Weitzing, der begierig die Ideen des französischen Sozialismus aufnahm. Seine Auffassung über das Wesen der Gesellschaft, wie über den Sozialismus leigte er bei der Arbeiterschaft weiter. ...

Während ferner Marx die Auffassung vertrat, daß in der modernen Gesellschaft die Arbeiter nicht den vollen Ertrag ihrer Arbeit und im höheren Grade im Sozialismus ein Verteilungsproblem, das heißt auch ein Verteilungsproblem aus. ...

Öffnung. Ueber die Sozial- und die Wirtschaftstatistik des Reiches wird noch später zu berichten sein; ebenso über die Ergebnisse der Beilage zu dem Monatsbericht über die Selbstmorde in Halle 1910-1919.

Eine Umfrage über die Lage der Privatbesitzer an unserer Universität.

Die Vereinerung der Privatbesitzer an der Universität Halle hat zu Beginn des Jahres eine Umfrage über die wirtschaftliche Lage ihrer Mitglieder angestellt. Die folgende berechnete Ergebnissen aus Tagessicht brachte: Von den 64 Privatbesitzern der Universität waren 32 Mediziner, der Rest gehörte zur theologischen, rechtswissenschaftlichen und philosophischen Fakultät. ...

Als Berufseinnehmer für Privatbesitzer, die nicht als Beamte, sondern als Angehörige eines freien Berufes gelten, in der Regel nur das von den Studenten bezahlte Kollegialgeld in Betracht. Dieses ist natürlich nach der Art des Faches sehr verschieden. ...

Über von 17 Nichtmedizinern, deren Angaben hier vermerkt werden konnten, beläuft sich die Zahl der Einkünfte auf 1071 Mark. ...

Das Personal der gesamten Kranken- und Pflegeanstalten von Halle.

Halt am 10. Juni 1920 im überfälligen Ernte des Volkspartei eine Untersuchung über die Kollegen W. Friedrich-Berlin über die Aufgaben der Organisation in der Kranken- und Pflegeanstalt sprach. ...

das die äußerst kümmerlichen Verhältnisse, die auch heute noch vielfach in den Anstalten zu finden sind, nur aus der Entlohnung der Krankenpflege nach Verhältnis der Beschäftigten bis zum heutigen Tage her zu erklären und zu erklären und zu erklären. ...

Zu der niedrigen Entlohnung, wird das Personal geradezu gezwungen. Sie ist als Pflicht des Personals, für die Organisation auszuführen. ...

Unvollständige Volkspartei.

Während früher Parteimitglieder, deren Aufnahme vom Empfänger verweigert wird, nur Rückmeldung an den Absender geschickt werden konnten, werden sie jetzt unverzüglich an den Absender zurückgeschickt. ...

Die Anstalt vor dem Antritt.

Das Volkspartei, sowie alle seine kleineren Abteilungen im Bezirk brachten den Antritt des Anstalters. ...

Auf dem Kontrakt vom 23. Mai 1863 in Leipzig unter dem Vorherrschaft von Völkern, wurde dann der Allgemeine Deutsche Arbeiterverein gegründet. Die Gründung selbst hat unter den damaligen Umständen, die es sich nicht leisten konnten, ...

Stadtreis: Heute Donnerstag, abend 7 1/2 Uhr wird Mollers Erklärung 'Kommunisten' wiederholt. ...

Die Partei des Lohnarbeiters findet Herr Riffen vom Friedrich-Theater in Dessau. Am Montag wird das Stück 'Im weißen Rössl' gegeben.

